

Motion Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL): Citylogistic: Dem zunehmenden Lieferverkehr zukunftsgerichtet und nachhaltig begegnen

Einkaufen via Internet wird immer beliebter. Alleine im Jahr 2016 hat der Online-Versandhandel in der Schweiz um 8,3% zugenommen. Immer mehr Städte bekommen den Wechsel im Einkaufsverhalten zu spüren. Die Waren müssen irgendwie vom Verkäufer zur Käuferin. Dies geschieht mehrheitlich mit Paketdiensten wie der Post, DHL, DPD, UPS, FedEx oder ähnlichen Anbietern.

Auch in Bern ist die Zunahme an Lieferfahrten augenscheinlich. Hält der Trend zum Online-Einkauf in ähnlicher Weise an, so sind die Städte in vielerlei Hinsicht herausgefordert. Einerseits läuft der zunehmende Lieferverkehr den Bestrebungen zur Reduzierung von Verkehr (u.a. in Quartieren) und Umweltbelastung entgegen. Andererseits führt der zunehmende Hausliefer-Verkehr zu einem Verdrängungskampf auf den Verkehrsflächen.

Immer häufiger sind Velowege oder Trottoire zugeparkt, werden Lieferwagen in der zweiten Reihe oder auf dem Busstreifen geparkt oder auch mal auf dem Mittelstreifen einer Strasse geparkt. Kurierfahrende sind einem grossen Zeitdruck ausgesetzt, was dazu führt, dass sie sich keine legalen Parkplätze suchen, sondern versuchen, möglichst nahe am Lieferort zu parken. Die Situation wird sich angesichts der Zunahme im Online-Handel in den nächsten Jahren noch verschärfen.

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt, sich jetzt mit dem Thema Citylogistic auseinanderzusetzen und dieser Frage zukunftsgerichtet und nachhaltig mit einem Konzept zu begegnen. Ziele könnten sein, dass Paketdienste und Speditionen ihre Aktivitäten bündeln – entweder durch Kooperation oder durch das Übertragen ihrer Anlieferungen an einen gemeinsamen spezialisierten Dienstleister. Weiter geht es darum, weniger Lieferfahrzeuge im Stadtverkehr zu haben, Leerfahrten zu vermeiden und die Luftbelastung zu vermindern.

Insbesondere sollen, zusammen mit den Paket-Lieferdiensten, auch folgende Ideen in die Überlegungen miteinbezogen werden:

1. Für die Feinverteilung auf dem Stadtgebiet sollen keine benzin- oder dieselbetriebenen Fahrzeuge verwendet werden
2. Speziell ausgewiesene Ladezonen (Parkplätze, die für den Lieferverkehr/Paketlieferdienst vorbehalten sind)
3. Abhol-Orte in den Quartieren, wo die BewohnerInnen ihre Pakete abholen (viele sind zu den Lieferterminen ja auf Arbeit und eh nicht zuhause) in Zusammenarbeit mit dem lokalen Gewerbe, städtischen oder privaten Stellen
4. Kooperationsmöglichkeiten der Anbieter von Lieferdiensten prüfen (Synergien).

Dabei sollen auch Ideen und Ansätze aus anderen Städten gesammelt, ausgewertet und in die Überlegungen miteinbezogen werden.

Bern, 25. Januar 2018

Erstunterzeichnende: Manuel C. Widmer

Mitunterzeichnende: Marcel Wüthrich, Lukas Gutzwiller, Brigitte Hilty Haller, Michael Burkard

Antwort des Gemeinderats

Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft eine Vollzugsaufgabe und damit einen Bereich, der in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der

einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags. Zudem bleibt die Entscheidungsverantwortung bei ihm.

Wie für andere Städte ist auch für die Stadt Bern die Bedeutung des Wirtschaftsverkehrs elementar. Zu diesem werden unter anderem die in der Motion erwähnten KEP-Dienstleistungen (Kurier-, Express- und Paketdienstleistungen) gezählt. So hat der Gemeinderat im Stadtentwicklungskonzept 2016 (STEK 2016) festgehalten, dass *«die Erreichbarkeit der Stadt, insbesondere der Innenstadt, für den Wirtschaftsverkehr gewährleistet ist»*. Im STEK 2016 hält der Gemeinderat aber ebenso klar fest, dass sich der Verkehr in Bern nachhaltig entwickeln soll: *«Mobilität in Bern ist stadtverträglich. Im Zentrum steht der Mensch, welcher den Raum nutzt und benutzt. Stadtverträglich heisst: Hohe Lebens - und Wohnqualität, Flexibilität in der Verkehrsmittelwahl und gute Erreichbarkeit sicherstellen.»*

Für die Stadt Bern ist es entscheidend, den Wirtschaftsverkehr zu gewährleisten und diesen gleichzeitig möglichst stadtverträglich, umweltfreundlich und zukunftsgerecht zu gestalten.

Die KEP-Dienstleistungen haben in den vergangenen Jahren auch in Bern zugenommen. Der Gemeinderat teilt daher die Haltung der Motionärinnen und Motionäre, dass es zweckmässig ist, im Rahmen eines Konzepts zu klären, wie der Logistik-Verkehr einerseits vermindert und andererseits nachhaltiger gestaltet werden kann. Dies sowohl hinsichtlich der CO₂-Emissionen als auch der Anzahl Fahrten, des Lärms und der Sicherheit von andern Verkehrsteilnehmenden.

Wie die Auflistung im Vorstoss richtig zeigt, ist die «letzte Meile» im Lieferverkehr ein Markt, welcher aktuell von diversen privaten Speditionsfirmen bedient wird. Dieses Modell mit verschiedenen Dienstleistern entspricht den aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen und offensichtlich auch den Anforderungen des Markts. Es muss somit - im Rahmen der Konzepterarbeitung - geklärt werden, welche Massnahmen (Anreize, regulatorische Vorgaben) erforderlich sind, damit sich diese Marktteilnehmenden besser untereinander koordinieren und wo möglich von den aktuellen Lieferfahrzeugen auf nachhaltigere Fahrzeuge umsteigen. Dazu gibt es durchaus schon interessante Vorbilder: In Berlin Prenzlauer Berg wollen bereits im laufenden Jahr verschiedene Paketdienstleister die gemeinsame Nutzung von Mikro-Depots für die Zustellung von Sendungen mit Cargobikes auf der letzten Meile erproben.

Es stellen sich weitere grundsätzliche Fragen, beispielsweise wie sich die Stadt Bern in dieses Geschäft einbringen kann, soll und will, welche Funktionen sie einnimmt und welche Steuerungsmöglichkeiten sie einerseits hat und wie sie diese andererseits nutzen soll.

Die Motionäre und Motionärinnen fordern den Gemeinderat auf, sich jetzt mit dem Thema Citylogistic auseinanderzusetzen und dieser Aufgabenstellung zukunftsgerichtet und nachhaltig mit einem Konzept zu begegnen. Der Gemeinderat teilt diese Ansicht und ist mit dem vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden. Aus diesen Gründen beantragt der Gemeinderat, die vorliegende Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Das Amt für Umweltschutz hat im IAFP/Budget für 2019 zusätzlich Fr. 150 000.00 eingestellt für den «Aufbau einer Sharing Economy und initiieren von konkreten Programmen». Ein Teil dieser Mittel kann in die Erarbeitung eines Konzepts zum Thema Citylogistic investiert werden. Da das Budget noch nicht gesprochen ist, kann aber noch nicht auf diesen Betrag abgestützt werden. Im Falle einer Ablehnung der beantragten Mittel werden die anfallenden Kosten für externe fachliche Begleitung dem finanzkompetenten Organ mit einem separaten Antrag vorgelegt.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 6. Juni 2018

Der Gemeinderat